



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

††: Von der preußischen Grenze.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Von der preussischen Grenze.

19. Juni. — Weshalb mobilisiren wir eigentlich?

Diese Frage geht durch alle Stände, alle Berufs- und Altersklassen; durch alle Parteien, alle Provinzen; ja in sämmtlichen deutschen Staaten, zum Theil selbst unter den ehemaligen Kriegsschreibern sieht man langgezogene bedenkliche Gesichter.

Es könnte kommen, daß einmal Preußen angeklagt wird, das deutsche Volk muthwillig in einen zwecklosen Krieg gestürzt zu haben; namentlich wenn der erwünschte Erfolg ausbleibt.

Was ist vorgefallen, daß wir jetzt mobilisiren?

Die Frage legt sich jedermann vor, eine Antwort haben wir noch nicht gehört. Eingeweicht scheinen nur zwei Personen zu sein, die Pr. Z. und die Nat. Z., wenigstens deuten beide an, sie könnten gar viel sagen, es wäre indeß schicklicher, noch zu schweigen.

Die Aufklärungen, die sie bisher gegeben haben, sind nicht ausreichend; im Gegentheil wird man nur noch mehr dadurch verwirrt.

Es scheint, als ob sie die Mobilmachung nicht in dem Sinn der Kreuzzeitung auffassen: daß nämlich Preußen einfach seine Bundes-, mit andern Worten seine Lehnspflicht gegen Oestreich zu leisten habe, obgleich dieses den Krieg gegen den entschiedenen Widerspruch Preußens übernommen hat. Auch wäre eine andere Auffassung ganz gegen die bisherige Haltung dieser Blätter. Preußen soll nach ihnen nicht Oestreichs, sondern seine eignen und Deutschlands Interessen vertreten. Die Pr. Z. vom 17. Juni sagt: „Die Richtung, welche Preußen in seinem innern Staatsleben verfolgt, gibt hinlängliche Bürgschaft für die Bestrebungen seiner auswärtigen Politik. — Und wenn Preußen die Erhaltung der Grundlagen des europäischen Rechtszustandes auf seine Fahne geschrieben hat, so wird es Veranlassung haben zu zeigen, daß es nicht gemeint ist, den Tendenzen der Unterdrückung oder der Vergewaltigung Vorschub zu leisten.“

Das klingt fast revolutionär; aber wie weit reicht die Tragweite dieser Worte? — Wo kommt denn „Unterdrückung“ und „Vergewaltigung“ vor? — doch nicht in Italien? — Wenigstens unser Stammverwandter und künftiger Allirter versichert wiederholt, das seien alles Verleumdungen. Tyrannei existirt in Italien nur unter der „kleinen aber despotischen revolutionären Partei“ in Piemont, von welcher der Feldzeugmeister Giulay die unterdrückten Piemontesen zu befreien verhieß. — Jene „kleine revolutionäre Partei“ ist der König Victor Emanuel; wenn Oestreich diese zu vertreiben verspricht, so ist es zwar nicht genau nach dem Recht der Verträge, doch keine „Vergewaltigung“, sondern ein Act der wahren Freiheit. — Also mit jenen Worten ist nicht viel gesagt.

Daß die Mobilisirung einen rein defensiven Charakter an sich trägt, versteht sich von selbst; alle betheiligten Mächte verfahren rein defensiv; Piemont hat gerüstet, weil es fürchtete, von Oestreich angegriffen zu werden; Oestreich, weil Graf Cavour die Freischaren ihm auf den Leib schicken wollen; Frankreich vollends hat gar nicht gerüstet.

„Der Frieden, welchen Preußen erstrebt, muß den Opfern entsprechen, welche die Regierung dem Lande abzufordern gezwungen war.“ Und dann ist noch etwas von sittlichen Grundlagen des Völklerlebens die Rede. — —

Wenn die Nationalzeitung (No. 277) mit als einen Grund, gegen Napoleon mißtrauisch zu sein, die Schonung desselben gegen den Kirchenstaat anführt, und damit andeutet, Preußen habe die Aufgabe, Italien überhaupt (innerhalb weiser Grenzen) zu befreien, hauptsächlich aber den Kirchenstaat, — so können wir über diese Bemerkung wol zur Tagesordnung übergehn; weniger ist uns das möglich bei einem Artikel desselben Blatts No. 273, worin das „Vorurtheil“ widerlegt wird, die Mobilisirung werde (vernünftigerweise) nur für einen nahe bevorstehenden Kriegsfall in Anwendung gebracht. Es ist das ein sehr wichtiger Punkt, und hätte eine ausführlichere Widerlegung verdient, da sonst jedermann in und außer Preußen von diesem Vorurtheil befangen ist. Die Mobilisirung vor der Schlacht bei Bronzell wäre doch wol keine Widerlegung?

Eine andere Version: der Kaiser Napoleon habe die Haltung Preußens im Landtag mit sehr ernsten Augen angesehen u. s. w., und die Mobilisirung sei daher eine Maßregel augenblicklicher Vertheidigung, steht zu vereinzelt; andere Blätter sind sogar heiter genug, den Kaiser Napoleon die Maßregel der Mobilisirung als eine sehr zufriedenstellende ansehen zu lassen. Aber man sieht daraus, wie nöthig es ist, der öffentlichen Meinung, die völlig auseinanderzufahren droht, eine Art von Richtung zu geben.

Lassen wir die Zeitungen bei Seite, und treten in unserem eignen Namen auf. — Nicht die Maßregel an sich ist uns bedenklich, sondern der Moment, in dem sie eingetreten ist. — Vielleicht hat die besser unterrichtete Regierung ein hinreichendes Motiv gehabt, diesen Moment zu wählen: aber darüber wäre eine Aufklärung nöthig, denn die Landwehr ist nicht wie eine andere Armee; sie ist völlig bereit, ihrem Kriegsherrn zu gehorchen, aber sie will wissen, wozu sie eigentlich berufen ist. — Erklären wir uns deutlicher.

Wir gehn im Princip mit denen, die sowol ein Bündniß mit Frankreich als eine absolute Neutralität verwerfen. — Wir gehn von der Pflicht Preußens aus, das Bundesgebiet gegen jeden Feind zu schützen. — Daß über diese Pflicht hinaus Preußen vorläufig nicht in Anspruch genommen werden sollte, hat Oestreich erklärt, indem es sein Ultimatum gegen Preußens Einspruch absandte, und damit aussprach: Austria farà da se! — Will es nun Preußen über seine Bundespflicht hinaus in Anspruch nehmen, so muß es dasselbe auffordern, und die Bedingungen erfüllen, welche dasselbe zu stellen gegen sein eignes Land verpflichtet ist.

Nach unserer Ansicht durfte Preußen nur mobilisiren, wenn es den Vertrag mit Oestreich und den übrigen Bundesstaaten bereits in der Tasche hatte.

Denn das jegige Stichwort: bewaffnete Intervention, soll doch nicht so viel sagen, daß Preußen bewaffnet sich zwischen die Festung Verona und die französische Angriffsmee einschleibt, wie ein Gensdarm bei Volksaufläufen; sondern so viel: Preußen schickt einen Gesandten an den Kaiser Napoleon, um ihn zum Frieden unter bestimmten Präliminarbedingungen zu ermahnen, deren nähere Ausführung etwa einem Congreß vorbehalten bleibt; es erklärt dann mehr oder minder höflich die Weigerung für einen Casus belli.

Um solche Präliminarbedingungen zu stellen, muß es doch aber erst sicher sein, daß Oestreich damit einverstanden ist? — Denn wenn nun Napoleon Ja sagt, und Oestreich Nein! welche Rolle soll dann Preußen spielen? Soll es die Armee wieder auseinanderschicken? oder gegen Oestreich marschiren?

Der Vertrag müßte dreierlei enthalten: 1) die dem Kaiser Napoleon vorzulegenden Friedensbedingungen; 2) militärische Maßregeln für den Kriegsfall; 3) Vertrag über die an Frankreich zu stellenden Bedingungen im Fall eines erfolgreichen Krieges.

Alle „gutunterrichteten“ Personen reden von dem wirklichen Abschluß eines Vertrags zwischen Oestreich und Preußen; und wir wünschten wol zu wissen, auf welchen der drei Punkte sich dieser angebliche Vertrag beziehen soll.

Wir wollen von dem letzten Punkt hier nicht reden, da dessen Bestimmung den größten Bedenken unterliegt, und da er ohnehin nur in Frage kommt, wenn die beiden andern erledigt sind. — Was den zweiten Punkt betrifft, so wurde vor einigen Tagen versichert, es wäre bereits alles in Ordnung gebracht und Preußen sei die militärische und diplomatische Leitung der Bundesangelegenheiten für diesen bestimmten Fall übertragen worden. Abgesehn davon, daß es auch hier noch im Unklaren blieb, ob unter Bundesangelegenheiten nur diejenigen der Staaten außer Oestreich zu verstehen seien, wodurch der früher projectirte engere Bund wenigstens für diesen bestimmten Fall wirklich zu Stande gekommen wäre, oder die Angelegenheiten des ganzen Bundesgebietes; abgesehn davon, daß das militärische Obercommando nur dann eine Realität ist, wenn es durch politische Einrichtungen garantirt ist: — so hört man jetzt wiederum von gutunterrichteter Seite starke Zweifel an dem wirklichen Abschluß eines solchen Bündnisses aussprechen; es tauchen wiederum Ideen einer dritten, „reindeutschen“, von Oestreich und von Preußen gesonderten Bundesmacht auf, und so scheint auch nach dieser Seite noch alles in Frage gestellt zu sein.

Aber die Hauptsache bleibt der erste Punkt, der, wie es scheint, von den bisherigen Berichterstattern als unerheblich ganz übergangen ist. Es wurde darüber disputirt, ob Preußen bei dem von ihm in Antrag gestellten Frieden Oestreich die Lombardei erhalten solle oder nicht. Aber uns will scheinen, als ob Oestreich auch damit noch durchaus nicht befriedigt sein würde, ja nicht befriedigt sein könnte. Sollen denn die legitimen Beherrscher von Toscana, Modena und Parma nicht wieder eingesetzt werden? soll Oestreich sein vermeintliches Recht, um dessentwillen es den Krieg begann, sein Recht, in diesen Fürstenthümern jeden Augenblick zu interveniren, jetzt plötzlich ohne weiteres aufgeben? Was liegt für ein Grund vor? Die Situation hat Oestreich bereits am 10. Januar übersehn können, als Lord Coftus dem Baron Buol erklärte, es könne in der Behauptung dieses Rechts auf britische Unterstützung nicht rechnen. Die stolze und sichere Antwort, die Oestreich damals gab, würde jedenfalls wiederholt werden, wenn man ihm von bundesverwandter Seite ähnliche Zumuthungen stellte. Zwar sind die Umstände etwas ernster, es hat am Tessin eine moralische Niederlage erlitten, in England ist eine ihm noch weniger günstige Regierung, Rußland hat sich mehr pronuncirt, die Zustände seiner eignen Rasse machen immer seltsamere Maßregeln nöthig; aber noch steht es da in kräftiger, militärischer Haltung, hinter Festungen wohl gesichert; es weiß, daß ihm Deutsch-

land unter allen Umständen den Rücken deckt, und was seine Finanzen betrifft, so ist es an Ausnahmemittel schon so gewöhnt, daß sie es kaum irren. Wir haben also absolut keine Vorstellung davon, was für Concessionen es gemacht haben könnte, die Preußen zu der Hoffnung berechtigen, Napoleon einen annehmbaren Friedensvorschlag zu bieten.

Vielleicht — und das ist unsere Hoffnung! — ist dieses Raisonnement überflüssig; vielleicht ist der Vertrag doch schon fertig, die preußische Regierung hat einen uns unbekanntem Grund, auf den sichern Abschluß desselben zu rechnen.

Wenn das aber nicht der Fall ist, so fürchten wir, daß die versuchte Mobilisirung Preußen in die Lage bringt, entweder für Zwecke, die nicht die seinigen sind, doch in den Krieg zu ziehn; — oder — einen Schritt wieder zurückzuthun; wir wissen nicht, welche Eventualität schlimmer wäre. — Wir haben gesagt, und bleiben dabei: der Wille des Regenten von Preußen muß in letzter Instanz in diesem bestimmten Fall für Deutschland maßgebend sein; auch dann werden wir ihm folgen, wenn wir ihn nicht unbedingt billigen; aber noch scheint der letzte Entschluß nicht gefaßt zu sein, und da ist es wesentlich, ein Vorurtheil zu bekämpfen, das sich nur zu sehr regt: als genüge die Mobilisirung an sich, irgend etwas auszurichten. — Napoleon ist kein Kind, das man durch Trommeln verjagt.

† †

21. Juni. — Eben bringt die Pr. Z. ein Dementi der frechen Verleumdung des „Nord“, der Prinzregent habe an den Kaiser Napoleon geschrieben, und ihm die Mobilisirung als etwas ganz Unschuldiges dargestellt. Endlich einmal ein Wort zur Zeit! Es fehlt nur noch, daß auch solche elende Gerüchte Wurzel schlagen!

Was nun die Verständigung mit Oestreich und den Bundesstaaten betrifft, so klärt es sich allmählig dahin auf, daß Graf Nechberg jetzt erst den Kaiser Franz Joseph zu Concessionen veranlassen soll — auf diese Concessionen (wahrscheinlich in Bezug auf die „realen Machtverhältnisse“ und die „sittlichen Grundlagen“) sind wir wirklich neugieriger als auf irgend etwas seit vielen Jahren; — und daß erst nach der Mobilisirung eine Circulardepeche an die deutschen Regierungen gerichtet ist, um Verhandlungen anzubahnen.

Die hamberger Blätter sind durch die Mobilisirung nicht befriedigt, und wir können es ihnen nicht verargen: sie verlangen rund und nett eine Kriegserklärung an Frankreich; sie verlangen rund und nett die Garantie, daß an den innern Bundesverhältnissen nichts geändert werden soll. — Freilich setzen sie, mit heimlichem Lächeln, diese Wendung als eine nothwendige Consequenz des jetzigen fait accompli, der Mobilisirung vor einem Vertrag mit Oestreich, voraus. — Was die Oestreicher betrifft, so ist auch ihre Stimmung nicht ganz ohne Bedenken; die preußische Hilfe verspricht viel, aber — die Aufhebung der Neutralität des deutschen Bundesgebiets hat auch zwei Seiten.

Die Hauptsache ist, was der Kaiser Napoleon jetzt zu thun gedenkt. Wissen wird er, was in Berlin vorgefallen ist, so gut als wir; besser als wir; er wird es zeitig genug erfahren haben, so daß wir aus seinen Bewegungen in den letzten Tagen ungefähr auf seine spätere Haltung schließen mögen. Zunächst rechnet er wol noch auf einige Tage Aufschub — durch die Verhandlungen Preußens mit Oestreich ausgefüllt — und diese wird er kräftigst zu benutzen suchen.

Sobald ihm die preußische Sommatation zugestellt wird, bleiben ihm zwei Wege übrig. Entweder sucht er Preußen so lange als möglich hinzuhalten, oder er gibt schnell entschlossen die Idee der Localisirung auf, und beutet die Mittel aus, die ein allgemeiner revolutionärer Krieg ihm gewährt. Um zu entscheiden, welches das Wahrscheinlichere ist, müßte man seine Beziehungen zu Rußland genauer kennen. Die Ablehnung des bolognesischen Pronunciamento deutet darauf hin, daß er noch vermeiden möchte, zum Aeußersten zu greifen; daß er Kossuth ins Lager kommen läßt, zeigt ebenso deutlich, daß er auch diese Eventualität ernstlich ins Auge faßt.

Der erste Weg hätte manche Vortheile. Wie wir schon im vorigen Hest bemerkt haben, kommt es ihm jetzt hauptsächlich darauf an, in Italien Soldaten auszuheben und sie in die Cadres der französischen und piemontesischen Armee einzureihen, um dann die Oestreicher hauptsächlich durch diese neugebildete italienische Armee, vielleicht durch zwei französische Armeecorps unterstützt, in Schach zu halten, und sich mit der Hauptmacht nach dem Rhein zu werfen. — Dazu gehört einige Zeit; aber in der Conscription sind die Franzosen behend genug, und etwas ist doch auf den Patriotismus der Italiener zu rechnen. — Die Diplomatie hinzuhalten, wird ihm nicht schwer fallen. In der Anforderung Preußens wird nothwendig einiges Unbestimmte sein, und wenn wir richtig rechnen, könnte sie der Kaiser — pure acceptiren, und die Ablehnung — den Oestreichern überlassen. — Aber wenn das auch nicht der Fall ist, so müssen auf die deutschen Bundesverhandlungen, auf die Mobilisirung der „reindeutschen“ Bundestruppen u. s. w. immer einige Wochen gerechnet werden, wo für die Disciplinirung Italiens viel geschehen kann.

Aber die andere Seite hat auch ihre Vortheile. Bisher war die österreichische Armee durch die Neutralität des Bundes im Rücken gedeckt und sie konnte über Bogen unbegrenzte Verstärkung an sich ziehn. Vielleicht macht Napoleon den Versuch, durch Ueberschreiten der Bundesgrenze diese Verbindungslinie abzuschneiden, und durch gleichzeitige Einnahme von Venedig — vielleicht von Triest — die österreichische Armee in eine ähnliche Lage zu setzen, wie die von Ulm 1805.

Hier wäre nun von Wichtigkeit zu wissen, wie weit — falls die Sache überhaupt möglich wäre — eine Insurrection in Ungarn und ein Angriff der Walachen, Serben, Montenegriner zc. auf russischen Beistand zu rechnen hätte. — Bei Magenta fiel die Zahl der österreichischen Gefangenen auf, und einzelne Stimmen haben Ueberläufer (Ungarn oder Italiener) vermuthet; wir glauben entschieden nicht daran, denn die Sache wäre von so ungeheurer Bedeutung, daß sie von der bonapartistischen Presse gewiß ausgebeutet sein würde. — Anders wäre es freilich bei einer wirklichen Niederlage der österreichischen Armee; auf die ungarischen und italienischen Regimenter wäre dann kaum zu zählen, und dieser Umstand wird auf die militärische Haltung nicht unwesentlich einwirken.

Rußland hat in der bekannten Circularnote die Einmischung Deutschlands in die österreichisch-französischen Händel ziemlich deutlich als einen Fall bezeichnet, der seinerseits eine „bewaffnete“ Intervention zur Folge haben könnte. Wir glauben nicht, daß diese in erster Linie gegen Preußen gerichtet sein würde, man würde dieses möglichst zu schonen suchen; aber so große Schwächungen die Russen vor fünf Jahren erlitten haben mögen — so viel Streitkräfte werden sie noch immer besitzen, um

den Oestreichern in Ungarn, Galizien und Dalmatien eine furchtbare Diverſion zu machen.

Der Angriffskrieg Deutschlands am Rhein würde bei den Franzosen eine starke Erhebung hervorrufen, die einen schleunigen Einzug in Paris unwahrscheinlich macht. — —

So stehn die Sachen. — Oestreich ist in einer sehr precären Lage, und, nach der Mobilisirung, Preußen nicht minder. — Die Aufgabe des letztern Staats scheint uns nun, die Sache rasch zur Entscheidung zu bringen. — Es war (so weit unsere Kenntniß der Sachlage uns ein Urtheil erlaubt) ein Fehler, zu mobilisiren vor dem Abschluß mit Oestreich und dem Bund. — Dieser Fehler kann zum Guten gewandt werden. Die Armee wird der Anforderung Preußens einen großen Nachdruck geben; und Oestreich ist, obgleich es sich dagegen sträubt, in der Lage, Preußens Hilfe um jeden Preis zu erkaufen. — Wenn nur Preußen gelernt hat, deutsch zu reden; die Sache selbst ist so klar, daß sie nur deutlich und zusammenhängend dargestellt zu werden braucht, um völlig verstanden zu werden. —

22. Juni. — Zu den Vorzügen der preußischen Wehrverfassung rechnete man früher, daß sie eine sichere Bürgschaft sei, die Regierung werde keinen andern Krieg unternehmen als einen populären. Und was damit unmittelbar zusammenhängt: Preußen werde überhaupt Bedenken tragen, sich in Streitfragen einzulassen, die es nichts angehn. — In den Jahren 1763—86 war Preußen allerdings genöthigt, jede Bewegung des Auslandes aufmerksam und mißtrauisch zu betrachten, und stets gerüstet zu sein, weil es die Rache gegen sich wußte. — Nach dem Tode des großen Königs setzte man das aus Gewohnheit eine gute Weile fort, und brachte den Staat dadurch in eine ziemlich unbequeme Situation, der man sich endlich durch die faule Neutralität von 1795 entzog.

Bis jetzt hat man es in der preußischen Geschichte seit 1815 immer rühmend erwähnt, daß Preußen jeden Krieg vermieden habe; der innere Fortschritt des Landes in dieser Zeit ist unberechenbar. Jetzt ist der militärische Sinn — auf dessen bevorstehende Blüte wir mit Schauer blicken — schon so weit entwickelt, daß man Preußen gewissermaßen verpflichtet glaubt, sich an allen Händeln Europas zu betheiligen, um seine Existenz geltend zu machen; daß man dem Bürgerstand, falls er nicht derselben Ansicht ist, die Befähigung zum Antheil an der Staatsleitung bezweifelt und ihn auf das Beispiel der feudalen Partei verweist. Und das geschieht von Organen der „Volkspartei“. Was wird erst geschehn, wenn der militärische Geist durch lange Übung genährt worden ist! Wir glaubten, die bürgerlichen Gewohnheiten hätten grade das Bürgerthum auf die Stelle gehoben, die das militärische Junkerthum nicht behaupten konnte.

Das Beispiel von 1812—13 ist doch recht ungeschickt gewählt. Damals stürzte das Volk zu den Waffen, es trieb die Regierung mit sich fort, es brachte seine Opfer mit Jubel, mit Entzücken; es wußte ja, was es galt.

Die Landwehr wird in jedem Krieg ihrem Kriegsherrn jenen Gehorsam zeigen, welcher die Grundlage des preußischen Staatslebens ist — gegen Rußland, gegen Frankreich, gegen wen es sei. — Aber wenn es sich darum handelt, Italien den Oestreichern zu unterwerfen, wird dieser Gehorsam wenigstens nicht von einem so

läuten Jubel begleitet sein; und das reicht am Ende noch nicht aus, dem Bürgerthum die politische Bildung abzusprechen. Uebrigens wollen wir uns für künftige Fälle das heutige Datum notiren. † †

### Der Krieg in Italien 1848—1849.

Guerre de l'indépendance italienne en 1848 et en 1849 par le général Ulloa. 2 Bde., Paris, Hachette & Comp. —

Unter den zahlreichen Büchern, die in neuester Zeit über den italienischen Krieg von 1848 und 1849 erschienen sind, nimmt das vorliegende die erste Stelle ein. Der politische Standpunkt des Verfassers geht uns hier nichts an; es handelt sich nur um die Würdigung der militärischen Ereignisse. Was über einzelne strategische Fehler bemerkt wird, mögen Sachkenner beurtheilen, das Ganze ist aber auch für Laien sehr verständlich und belehrend eingerichtet, und von dem leitenden Gänge der beiden Feldzüge gewinnt man ein klares Bild.

Zur Erinnerung einige Daten. — Aufstand in Mailand 18. März; Radezki verläßt die Stadt 23. März und concentrirt die Armee, mit völligem Aufgeben der Lombardei, im Festungsviereck Peschiera, Mantua, Verona, Legnano. Karl Albert geht über den Tessin, 23. März, über den Mincio bei Goito. Peschiera wird genommen 30. Mai, aber im Juli ergreift Radezki die Offensive, siegt bei Custozza 23—25 Juli; Karl Albert sucht Mailand zu halten, muß es 6. Aug. aufgeben, und kehrt nach dem Waffenstillstand, 9. Aug. über den Tessin zurück.

Der Waffenstillstand wird 14. März 1849 auf Andrängen der kriegerischen Partei gekündigt; Radezki geht über den Gravelone 20. März, siegt bei Mortara 21. März, entscheidend bei Novara 23. März, Karl Albert dankt ab, Waffenstillstand 26. März.

Was nun den ersten Feldzug betrifft, so zeigt der Verfasser, daß bei der moralischen Auflösung Oesterreichs die Chance der Italiener gar nicht so ungünstig stand: die Heere waren sich an Zahl ungefähr gewachsen, die Piemontesen haben sich gut geschlagen — freilich nicht ihre sonstigen Verbündeten. Das Unglück des Königs war, daß er auf die „öffentliche Meinung“ Rücksicht nahm, die, unbeschäftigt wie sie war, mit großem Geschrei imponirende Thaten verlangte. Mit der Revolution ein Bündniß zu schließen, ist immer ein Uebelstand, wenn man sie nicht beherrschen kann; ob es damals überhaupt möglich gewesen, mag dahingestellt sein; jedenfalls war Karl Albert nicht der Mann dazu. Er galt für einen tiefen, gefährlichen Politiker, und doch ist er fast in allen entscheidenden Momenten durch sein aufgeregtes Gefühl bestimmt worden. — Der zweite Feldzug war ein bloßer Ritterkrieg; mit einer desorganisirten, zur Hälfte unbrauchbaren Armee unternommen; ohne irgend eine Aussicht auf Hilfe. Karl Albert that einen Schritt der Verzweiflung — für einen Politiker freilich ein vernichtendes Urtheil. Aber die Sache hat doch eine